

»» NEWSLETTER ««

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 16. Mai 2025



In dieser Ausgabe

**Regierungserklärung
des Bundeskanzlers**

**Austausch im
Technikum Laubholz**

»»» LIEBE LESERINNEN UND LESER,

vor kurzem wurde die neue Regierung vereidigt und die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen.

Wir sehen die Herausforderungen in der Außenpolitik und den Reformbedarf im Inneren. Die neue Bundesregierung ist sich ihrer Verantwortung und der Dringlichkeit eines Politikwechsels bewusst.

Wir brauchen Investitionen in unsere Sicherheit und unsere Verteidigung in Abstimmung mit den europäischen Partnern. Gleichzeitig muss unsere Wirtschaft neue Kraft entwickeln, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden.

Diese Sitzungswoche startete mit der Regierungsbefragung und der ersten Regierungserklärung von Friedrich Merz.

Darauf folgten die Aussprachen zur Regierungserklärung mit den einzelnen Ressorts im Plenum.

Mehr zu unseren aktuellen Standpunkten finden Sie unter www.cducsu.de.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und bleiben Sie gesund.

Ihr



Hermann Färber



ERSTE REGIERUNGSERKLÄRUNG VON KANZLER MERZ: DEUTSCHLAND ÜBERNIMMT WIEDER VERANTWORTUNG – IN EUROPA UND IM EIGENEN LAND.



Friedrich Merz hat in seiner ersten Regierungserklärung als neuer Bundeskanzler deutliche Zeichen gesetzt und eine klare Richtung für die Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung für diese Legislatur ausgegeben: „Reformen statt Symbolpolitik - Staatsmodernisierung und Generationengerechtigkeit - Europa gemeinsam denken. Der Staat – das sind wir alle.“ - so lautet die Richtschnur in Schlagworten.

Entscheidend für unsere Regierungsarbeit ist: Wir wollen Probleme nicht beschreiben, sondern lösen - aus der demokratischen Mitte heraus. Diese Verantwortung nimmt die CDU/CSU an und bietet mit der neuen Bundesregierung Handlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und Planbarkeit.

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine sagte Merz, dass der Ausgang dieses Krieges darüber entscheide, ob künftig in Europa Recht und Ordnung oder Tyrannei und das Recht des Stärkeren gelten. In der Ukraine steht nichts weniger als auch unser Frieden auf dem Spiel.

Aus diesem Grund wollen wir nach dem Grundsatz der Abschreckung vorgehen: Stärke schreckt Aggression ab, Schwäche lädt Aggression ein. Die Einführung eines Freiwilligenwehrdienstes ist nur eine Maßnahme zur Stärkung der Bundeswehr. Und es gibt viele junge Menschen, die bereit sind, einen solchen Dienst zu leisten. Als Deutschland müssen wir vorangehen, wenn es darum geht, Freiheit und Frieden zu verteidigen. Dazu gehört auch, dass wir unsere Bundeswehr in Sachen Personal, Material und Ausstattung wieder verteidigungsfähig machen. Denn für uns gilt: Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen.



Bildquelle: Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages.

Unser Land muss jedoch gleichermaßen, wie es auf mögliche Bedrohungen im und vom Ausland schaut, die Herausforderungen bei der inneren Sicherheit meistern. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass sie sich frei und sicher bewegen können. Einen großen Beitrag dafür leisten unsere Einsatzkräfte, die sich an vorderster Front für unsere Sicherheit und Gesundheit einsetzen. Bundeskanzler Merz zollte der Polizei, den Rettungskräften und den Soldatinnen und Soldaten Dank und Respekt für ihre Einsatzbereitschaft und Professionalität.

Mit neuen Ansatzpunkten will die Regierungskoalition die Migration nicht nur steuern, sondern auch begrenzen, um die Gesellschaft und die Kommunen nicht zu überlasten. Denn: Die Lage muss bewältigbar bleiben.

Kritisch, aber nicht pessimistisch, richtete Merz seinen Blick in seiner Regierungserklärung auf die Wirtschaft. Unser wirtschaftliches Fundament sei zwar immer noch stark und wir seien zwar größtenteils wettbewerbsfähig, aber dem stünden negativ marode Rahmenbedingungen mit hoher Bürokratie, hoher Besteuerung und hohen Kosten für Energie entgegen. Die CDU/CSU will daher gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner investieren und reformieren. Denn beides gehört - auch in der Wirtschaftspolitik - zusammen.

Die Wettbewerbsfähigkeit soll wieder wachsen und der Maßstab in der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden. Wir brauchen öffentliche und private Investitionen – gestützt durch steuerliche Erleichterungen – sowie eine Wiederstärkung der Infrastruktur. Klar muss aber sein: Wenn dadurch Schulden gemacht werden müssen, muss damit sehr umsichtig umgegangen werden. Die Schulden müssen nachvollziehbar begründet sein und auch wieder zurückgezahlt werden.

Entscheidend ist am Ende, dass die Menschen den Politikwechsel und die Veränderungen in ihrem täglichen Arbeits- und Privatleben sehen und spüren. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern weniger staatliche Vorgaben aufzubürden und Ihnen stattdessen wieder mehr Selbst- und Eigenverantwortung zu geben. Nur so gewinnen wir als Politik wieder das Vertrauen zurück.

Merz betonte das „Gemeinsame“ und unsere Verantwortung für den Fortbestand von Freiheit in einer freien Gesellschaft. Freiheit sei möglicherweise unsere größte Zukunftskraft. Und unser gemeinsames Ziel müsse es sein, unser Land wieder besser zu machen.

➤➤➤ AUSTAUSCH IM TECHNIKUM LAUBHOLZ

Vergangene Woche traf ich mich zu einem forstpolitischen Austausch mit Vertretern der Bauernverbände aus Baden-Württemberg und Bayern, Vertretern des Forsts und der Privatwaldbesitzer. Neben meinem Bericht über die Koalitionsverhandlungen standen vor allem der Austausch darüber, was auf die Wald- und Forstwirtschaft in den nächsten Jahren zukommt, aber auch die EUDR und die Herausforderungen beim Waldumbau zu einem klimastabilen Wald im Mittelpunkt. Der gemeinsame Austausch und die Diskussion waren sehr spannend und haben gezeigt, dass eine standortangepasste Bewirtschaftung das oberste Ziel sein muss.

Zudem wird es immer wichtiger, dass das Fachwissen, welches über Generationen weitergegeben wurde, genutzt und auch weiter gefordert und gefördert wird, damit es nicht verloren geht.



Bildquelle: Büro Hermann Färber MdB.

Da das Treffen im Technikum Laubholz in Göppingen stattfand, konnten wir uns vor Ort über die Aufgaben und Ziele des 2020 auf Initiative des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg gegründeten Entwicklungs- und Forschungsanstalt überzeugen und spannende Einblicke erhalten. Dr. Tobias Wolfinger, Geschäftsführer des TLH, hat uns auf eindrucksvolle Weise erklärt und gezeigt, welche innovativen und nachhaltigen Technologien für den Einsatz von Laubholz und anderen nachwachsenden Rohstoffen am Technikum Laubholz entwickelt werden.

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süssen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de